

# MONITOR

## WAHL- UND SOZIALFORSCHUNG

# Zwischen Rechtsruck und Polarisierung

### Ergebnisse aus repräsentativen Umfragen zu politischen Einstellungen in der deutschen Bevölkerung zu Klimaschutz, Migration und Sozialstaat

*Dominik Hirndorf*

- › Bei den Themen Zuwanderung, Klimaschutz und Sozialstaat ist in den letzten Jahren eine kontinuierliche Verschiebung des Meinungsklimas von politisch links zu politisch rechts der Mitte zu beobachten.
- › Am stärksten fällt die Einstellungsverschiebung der Deutschen in den letzten Jahren beim Thema Klimaschutz aus. Im Kontext aktueller innen- und außenpolitischer Krisen hat sich die gesamtgesellschaftliche Tendenz zur Priorisierung des Klimaschutzes gegenüber dem Wirtschaftswachstum stark abgeschwächt.
- › Die Anhänger einer Partei sind insgesamt in ihren politischen Einstellungen homogener geworden. Im gleichen Maße sind dabei die Distanzen zwischen den Wählerschaften der unterschiedlichen Parteien gewachsen. Dies erklärt die gesunkene Wechselbereitschaft der Wählerschaften, insbesondere bei AfD-, BSW- und Unions-Wählerschaft
- › Die Polarisierung zwischen Parteianhängerschaften nimmt zu. Der Graben zwischen Grünen- und AfD-Wählerschaft bei politischen Einstellungen vergrößert sich zunehmend. Die gruppenbezogene Ablehnung der jeweils anderen Seite ist ebenfalls gestiegen.
- › Die gesamtgesellschaftliche Polarisierung hat sich seit 2020 nicht verstärkt. Weiterhin vertritt eine Mehrheit der Bevölkerung in politischen Streitfragen mittige Positionen.
- › Der Zulauf für die AfD sorgt nicht für eine heterogenere und somit moderatere AfD-Wählerschaft. Trotz steigender Umfragewerte sind die Positionierungen der AfD-Wählerschaft im Durchschnitt noch weiter nach rechts gewandert bzw. verharren beim Themenbereich Zuwanderung in der bekannten Extremposition.

## Inhaltsverzeichnis

---

<b>Der „politische Raum“: Eine Vermessung politischer Einstellungen in der deutschen Gesellschaft .....</b>	<b>2</b>
<b>Die Studie .....</b>	<b>3</b>
<b>Wie ein Fächer: Präferenzen beim Thema Sozialstaat seit 2020 divergieren .....</b>	<b>4</b>
<b>Einstellungen zu Zuwanderung: Von politisch links zu politisch rechts der Mitte .....</b>	<b>6</b>
<b>Einstellungen zu Klimaschutz vs. Wirtschaftswachstum: Tendenz zur Priorisierung von Klimaschutz stark vermindert .....</b>	<b>8</b>
<b>Veränderungen im politischen Raum und ihre Konsequenzen .....</b>	<b>11</b>
Zunehmende Polarisierung zwischen Parteianhängerschaften .....	11
Die Wählerschaft der AfD wird nicht moderater .....	14
Parteianhängerschaften sind homogener und weniger wechselbereit .....	15
<b>Zusammenfassung .....</b>	<b>16</b>
<b>Literatur .....</b>	<b>18</b>
<b>Impressum .....</b>	<b>20</b>

### **Der „politische Raum“: Eine Vermessung politischer Einstellungen in der deutschen Gesellschaft**

Dort, wo sich verschiedene gesellschaftliche Positionen gegenüberstehen, öffnet sich ein politischer Raum. Innerhalb dieses Raumes können Menschen ganz verschiedene Haltungen einnehmen. Einige stehen ganz rechts, andere ganz links und der größte Teil platziert sich selbst irgendwo zwischen diesen Polen. Teilen Menschen dieselben Einstellungen, dann stehen sie mutmaßlich dichter beieinander und wählen mit größerer Wahrscheinlichkeit dieselbe Partei. So ist es wenig überraschend, dass die Anhängerschaften der Parteien sich in Sozialstaats-, Zuwanderungs- oder Klimafragen räumlich unterscheiden. Das war schon immer so. Dennoch ergeben sich mit Blick auf das gesellschaftliche Meinungsklima und Verschiebungen im Parteiensystem neue Fragen: Haben sich die Distanzen zwischen den Parteianhängerschaften vergrößert? Gibt es Hinweise auf eine zunehmende Polarisierung? Wo sortiert sich die Wählerschaft des Bündnis-Sahra-Wagenknecht in diesem politischen Raum ein?

Die Konrad-Adenauer-Stiftung vermisst regelmäßig in repräsentativen Befragungen den politischen Raum anhand von Fragen zu Migration-, Klimaschutz- und Sozialstaatspräferenzen. Die Ergebnisse, die in dieser Studie seit längerer Zeit (vgl. Roose 2021) wieder komprimiert im Zeitverlauf präsentiert werden, liefern datengestützte Antworten auf die offenen Fragen. Damit leistet die Studie einen Beitrag zum Verständnis gesellschaftlicher Polarisierungstendenzen und zur Verortung der Wählerschaften im Vorfeld der Bundestagswahl 2025.

## Die Studie

Im Zentrum dieser Studie steht ein Zeitvergleich politischer Einstellungen über einen Zeitraum von fünf Jahren. Dazu werden insgesamt fünf repräsentative Umfragen mit jeweils großen Stichproben betrachtet. Bei allen fünf Umfragen handelt es sich um Telefonumfragen, bei denen die Auswahl über Festnetz und Mobilfunk über zufällig generierte Telefonnummern nach dem ADM-Verfahren (Häder und Sand 2019) erfolgte. Die Daten wurden nach soziostrukturellen Merkmalen gewichtet und sind jeweils repräsentativ für die in Deutschland in Privathaushalten lebende, bei einer Bundestagswahl wahlberechtigte, deutschsprachige Bevölkerung. In allen Befragungen erstellt die Konrad-Adenauer-Stiftung die Fragebögen und analysiert die Daten. Die fünf Umfragen in der Übersicht:

- Vom **13. Februar bis zum 15. April 2024** hat das Meinungsforschungsinstitut USUMA GmbH im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung insgesamt **3.510 Personen** aus der bei einer Bundestagswahl wahlberechtigten, deutschsprachigen Wohnbevölkerung für die Studie zufällig ausgewählt (KAS-Umfrage 1052). Die Auswahl erfolgte durch zufällig generierte Telefonnummern (50 Prozent Festnetz/50 Prozent Mobilfunk).
- Vom **20. Juni bis zum 4. September 2023** hat das Meinungsforschungsinstitut USUMA GmbH im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung insgesamt **4.010 Personen** aus der deutschen Wohnbevölkerung ab 16 Jahren für die Studie zufällig ausgewählt (KAS-Umfrage 1048). Davon wurden für diese Studie **3.895 Fälle** analysiert. Personen unter 18 Jahren, die ebenfalls Teil dieser Befragung waren, gingen nicht mit in die Auswertung ein. Die Auswahl erfolgte durch zufällig generierte Telefonnummern (50 Prozent Festnetz/ 50 Prozent Mobilfunk).
- Vom **27. Oktober 2022 bis 16. Januar 2023** befragte das Meinungsforschungsinstitut Infratest dimap im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung insgesamt **4.247 Personen** (KAS-Umfrage 1035). Davon wurden für diese Studie **4.187 Fälle** analysiert. Personen unter 18 Jahren, die ebenfalls Teil dieser Befragung waren, gingen nicht mit in die Auswertung ein. Die Befragten wurden über zufällig generierte Telefonnummern (50 Prozent Festnetz/50 Prozent Mobilfunk) kontaktiert und telefonisch befragt.
- Vom **30. September 2021 bis 20. November 2021** befragte Infratest dimap im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung insgesamt **4.000 Personen** telefonisch (KAS-Umfrage 1030). Die angerufenen Telefonnummern sind ebenfalls zufällig generiert, davon 60 Prozent über Festnetz- und 40 Prozent über Mobilnummern.
- Im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung hat USUMA vom **8. Juli bis 30. Dezember 2020** eine repräsentative, standardisierte Telefonumfrage (60 Prozent Festnetz/40 Prozent Mobilfunk) unter **8.042 Befragten** der wahlberechtigten, deutschsprachigen Wohnbevölkerung durchgeführt (KAS-Umfrage 1018).

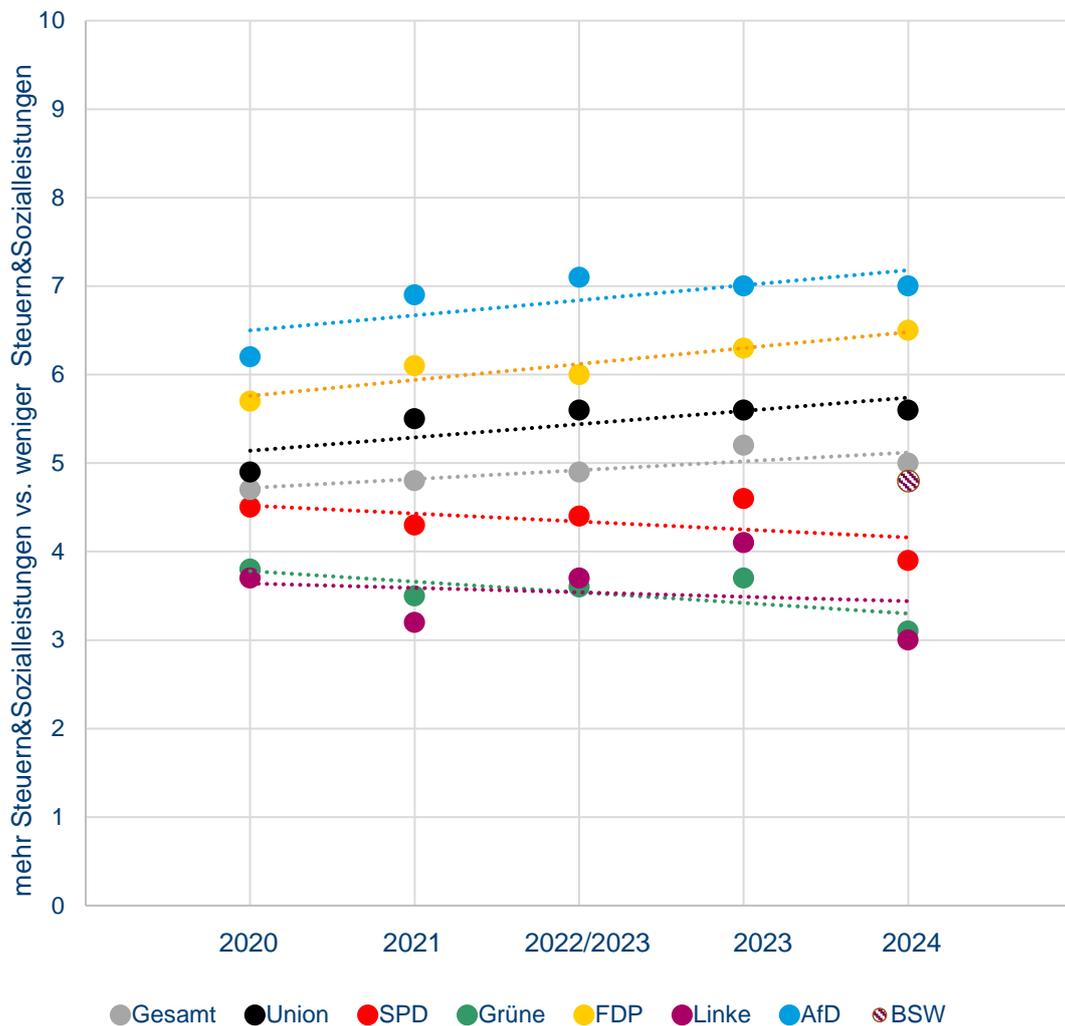
Die fünf Umfragen bieten in ihrer Kombination einen engmaschigen Zeitverlauf über die Einstellungsveränderungen der deutschen Bevölkerung in den letzten Jahren. Zwar handelt es sich jeweils um Querschnittsbefragungen, sodass nicht immer dieselben Personen befragt wurden, aufgrund der identischen Fragestellungen lassen sich dennoch Rückschlüsse über die Veränderungen innerhalb der Gesellschaft und insbesondere der Parteianhängerschaften ziehen.

### **Wie ein Fächer: Präferenzen beim Thema Sozialstaat seit 2020 divergieren**

Seit 2020 haben sich die Präferenzen der Parteianhängerschaften beim Thema Sozialstaat verstärkt auseinanderbewegt. Die Polarisierung zwischen AfD- und Grünen-Anhängerschaft wird ebenso sichtbar wie eine zunehmende Distanz zwischen den Anhängerschaften. Dies ist ein Grund für die abnehmende Wechselbereitschaft innerhalb der Wählerschaft.

Die Existenz des Sozialstaats und der bestehenden sozialstaatlichen Leistungen wird grundsätzlich nicht infrage gestellt. Spannend wird es daher erst, wenn Sozialleistungen mit ihren Kosten verbunden werden: Ein Ausbau des Sozialstaats muss steuerlich aufgefangen werden, ein möglicher Abbau könnte die Steuerlast senken. Die Befragten wurden daher mit der Frage konfrontiert: „Manche wollen weniger Steuern und Abgaben, auch wenn das weniger sozialstaatliche Leistungen bedeutet. Andere wollen mehr sozialstaatliche Leistungen, auch wenn das mehr Steuern und Abgaben bedeutet. Wie stehen Sie dazu? Bitte sagen Sie mir das mit Hilfe einer Skala von 0 bis 10.“ Dabei steht die Extremposition 0 für mehr sozialstaatliche Leistungen bei mehr Steuern und Abgaben – das andere Skalenende auf der 10 steht für weniger Steuern und Abgaben bei weniger sozialstaatlichen Leistungen. In Abbildung 1 sind jeweils die Durchschnittswerte aller Wahlberechtigten (grau) und der Parteianhängerschaften zwischen 2020 und 2024 abgebildet.

Abbildung 1: Präferenzen der Parteihängerschaften beim Thema Sozialstaat seit 2020



Quelle: Repräsentative Umfragen im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2020, 2021, 2022/2023, 2023 und 2024. Fallzahlen zwischen 3.510 und 8.042 Personen. Angaben in Durchschnittswerten. Frage: „Manche wollen weniger Steuern und Abgaben, auch wenn das weniger sozialstaatliche Leistungen bedeutet. Andere wollen mehr sozialstaatliche Leistungen, auch wenn das mehr Steuern und Abgaben bedeutet. Wie stehen Sie dazu? Bitte sagen Sie mir das mit Hilfe einer Skala von 0 bis 10. 0 heißt, weniger Steuern und Abgaben, auch wenn das weniger sozialstaatliche Leistungen bedeutet, 10 heißt mehr sozialstaatliche Leistungen, auch wenn das mehr Steuern und Abgaben bedeutet. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstimmen.“ In der Auswertung wurde die Variable umcodiert, so dass 0 der Extremposition mehr sozialstaatliche Leistungen bei mehr Steuern und Abgaben entspricht und 10 der entgegengesetzten Extremposition weniger Steuern und Abgaben, auch wenn das weniger sozialstaatliche Leistungen bedeutet.

Die leichte Tendenz des Gesamtdurchschnitts aller Wahlberechtigten für mehr sozialstaatliche Leistungen (2020: 4,7) ist in den letzten Jahren kontinuierlich einer vollständig ausgewogenen Position (2024: 5,0) gewichen. Im Jahr 2023 gab es sogar erstmals eine leichte Tendenz in Richtung weniger Sozialstaat (5,2). Es zeigt sich demnach eine leichte Verschiebung der Gesellschaft.

Das Bild aller Parteianhängerschaften im Zeitverlauf gleicht dabei einem Fächer: Betrug die größte Distanz zwischen den Anhängerschaften im Jahr 2020 noch 2,5 Punkte (Linke/Grüne vs. AfD), so beträgt sie im Jahr 2024 ganze 4 Punkte (Linke/Grüne vs. AfD). Die Polarisierung dieser (Partei-)Lager ist eindrucksvoll sichtbar. Auch zwischen den beiden Volksparteien SPD und CDU/CSU hat sich der Abstand (2020: 0,4) deutlich vergrößert (2024: 1,7 Punkte). Insgesamt zeigt sich das Bild einer ausdifferenzierten Wählerschaft, bei der die Distanzen zwischen den Lagern größer geworden sind. Die Anhängerschaften haben sich verändert und sind dabei homogener in ihren politischen Einstellungen geworden, der Weg zu einer anderen Anhängerschaft ist dadurch nun durchschnittlich „weiter“ geworden.

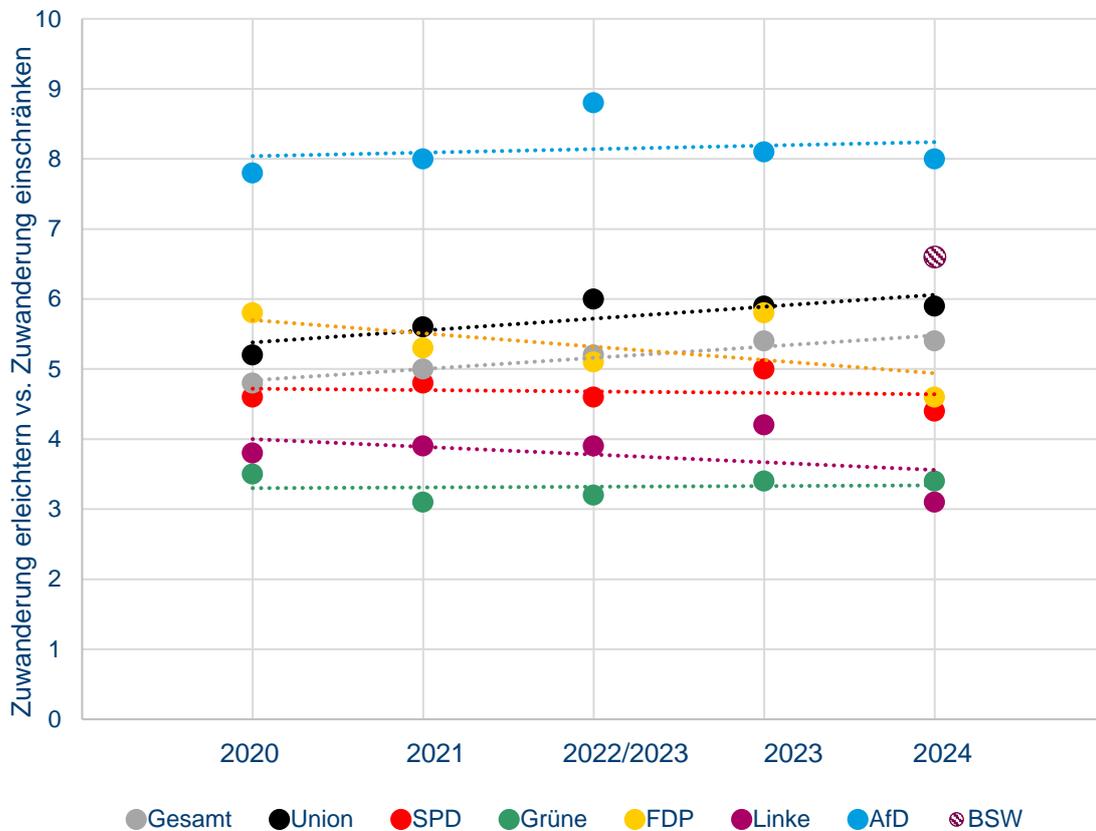
Für die Wählerschaft des Bündnis-Sahra-Wagenknecht liegt noch keine Zeitreihe vor, allerdings zeigt sich eine spannende Momentaufnahme: Während sich 2020 noch Unions- und SPD-Wählerschaft eng am Gesamtdurchschnitt bewegten, ist es nun die BSW-Wählerschaft (4,8), die dem Gesamtdurchschnitt am nächsten kommt. Bei den zurückliegenden Wahlen konnte das BSW vor allem von der Linken, der SPD, der CDU und aus dem Nichtwählerlager Stimmen gewinnen. Von der Linken-Wählerschaft sind dabei vor allem Wählerinnen und Wähler abgewandert, die weniger stark typisch „linke Positionen“ z. B. in der Sozialpolitik vertreten. So erklärt sich nicht nur der deutliche Sprung der Linken-Wählerschaft von 2023 zu 2024, sondern auch die mittige Positionierung der BSW-Wählerschaft. Sie liegt nicht nur eng am Gesamtdurchschnitt (Nichtwähler), sondern auch exakt zwischen Unions- und SPD-Wählerschaft, von denen das BSW jeweils Stimmen dazugewinnen konnte.

### **Einstellungen zu Zuwanderung: Von politisch links zu politisch rechts der Mitte**

Beim Thema Zuwanderung zeigt sich eine Verschiebung im Meinungsbild hin zu einer leicht kritischeren Haltung. Von einer mittigen Position bis leichten Tendenz zur Position „Zuwanderung erleichtern“ (2020) hat sich das Meinungsklima zu einer leichten Tendenz zur Position „Zuwanderung einschränken“ verändert (2024). Diese Verschiebung von politisch links zu politisch rechts der Mitte geht einher mit dem Bedeutungszuwachs des Themas Migration, das seit Oktober 2023 wieder die Spitzenposition als „wichtigstes politisches Problem“ in Umfragen einnimmt (Forschungsgruppe Wahlen, Politbarometer 2023/2024).

Bei der Frage, ob die Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer erleichtert (0) oder eingeschränkt werden sollen (10), zeigen sich auf der 10er-Skala auch nach Parteianhängerschaft spannende Entwicklungen im Zeitverlauf (s. Abbildung 2).

Abbildung 2: Präferenzen der Parteianhängerschaften beim Thema Zuwanderung seit 2020



Quelle: Repräsentative Umfragen im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2020, 2021, 2022/2023, 2023 und 2024. Fallzahlen zwischen 3.510 und 8.042 Personen. Angaben in Durchschnittswerten.  
Frage: „Manche wollen die Zugangsmöglichkeiten für Ausländer erleichtern, andere wollen die Zugangsmöglichkeiten für Ausländer einschränken. Wie stehen Sie dazu? Bitte sagen Sie mir das mit Hilfe einer Skala von 0 bis 10. 0 heißt, dass die Zugangsmöglichkeiten für Ausländer erleichtert werden sollen. 10 heißt, dass die Zugangsmöglichkeiten für Ausländer eingeschränkt werden sollen. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstimmen.“

Parallel zur Verschiebung in der Bevölkerung hat sich die durchschnittliche Positionierung der Unions-Wählerschaft ebenfalls nach rechts verschoben (2020: 5,2 vs. 2024: 5,9). Dagegen bleibt die SPD-Wählerschaft in ihren Einstellungen mehr oder weniger konstant (2020: 4,6 vs. 2024: 4,4). In der Folge ist jedoch auch bei der Migrationsfrage der Graben zwischen Unions- und SPD-Wählerschaft gewachsen – statt 0,6 (2020) beträgt die Differenz nun 1,5 Punkte (2024). Erneut ist die politische Mitte „aufgefächert“.

Auch in den übrigen Wählerschaften zeigen sich bemerkenswerte Entwicklungen. Die AfD-Wählerschaft wird bei ihrem Kernthema trotz deutlichem Zuwachs in den Stimmanteilen seit 2020<sup>1</sup> keinesfalls moderater. Mit dem durchschnittlichen Wert von 8 auf einer Skala bis 10 steht selbst eine deutliche gewachsene AfD-Wählerschaft für einen harten Kurs in der Migrationsfrage. Den großen Abstand zwischen Unions- (5,9) und AfD-Wählerschaft (8) besetzt die BSW-Wählerschaft, die sich in ihren Einstellungen – wie bei vielen gesellschaftspolitischen Fragen (vgl. Roose 2024) – zwischen diesen beiden Wählerschaften einsortiert. Diese Positionierung erklärt erneut den deutlichen Sprung der Linken-Wählerschaft: Die Linke verliert im Jahr 2024 massiv Wählerinnen und Wähler an das BSW, und zwar vor allem Wählerinnen und Wähler, die sich bei gesellschaftspolitischen

Fragen weniger stark links einordnen. In der Konsequenz ist die auf eine Kernwählerschaft geschrumpfte Linken-Anhängerschaft nicht nur beim Thema Migration homogener und rückt messbar in ihren Einstellungen nach links.

Bei der FDP-Wählerschaft ist ein ähnlicher Prozess zu beobachten: Während sich die FDP-Wählerschaft laut Umfragen von 2023 zu 2024 fast halbiert (vgl. Infratest dimap 2024), wandern scheinbar vor allem FDP-Wählerinnen und -Wähler ab, deren migrationspolitische Einstellungen sich eher rechts der politischen Mitte befinden. Die größeren Verluste der FDP bei der Europawahl an Unions-, Nichtwähler- und AfD-Lager (Neu/Roose 2024) sprechen dafür.

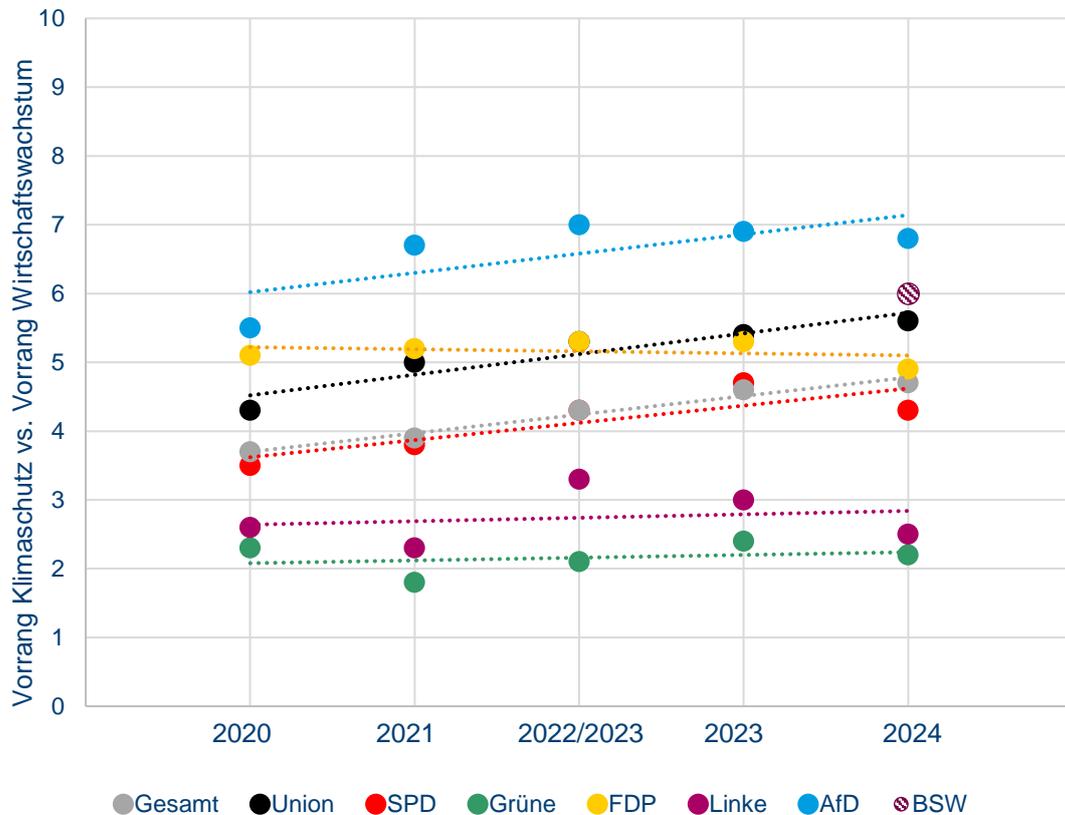
Eine Verschiebung im Meinungsklima in der Migrationsfrage ist kein Novum. Zwischen 2009 und 2020 hatte sich die Gesamtgesellschaft und fast alle Parteianhängerschaften von einer Position der tendenziellen Einschränkung von Zuzugsmöglichkeiten hin zur Erleichterung von Zuzugsmöglichkeiten bzw. einer Mittelposition bewegt (Roose 2021: 55). Die Unions-Wählerschaft liegt beispielsweise nach der gezeigten Verschiebung der letzten Jahre in 2024 (5,9) wieder im Bereich der Werte von 2013 (6,2) und 2017 (6,1).

### **Einstellungen zu Klimaschutz vs. Wirtschaftswachstum: Tendenz zur Priorisierung von Klimaschutz stark vermindert**

Am stärksten fällt die Einstellungsverschiebung der Deutschen in den letzten Jahren beim Thema Klimaschutz aus. Im Kontext aktueller innen- und außenpolitischer Krisen hat sich die gesamtgesellschaftliche Tendenz zur Priorisierung des Klimaschutzes gegenüber dem Wirtschaftswachstum stark abgeschwächt.

So befand sich der Durchschnittswert im Jahr 2020 mit 3,7 eindeutig näher am Pol „Die Bekämpfung des Klimawandels hat Vorrang, auch wenn es dem Wirtschaftswachstum schadet“ (Wert 0) im Vergleich zum Gegenpol „Das Wirtschaftswachstum hat Vorrang, auch wenn es die Bekämpfung des Klimawandels erschwert“ (Wert 10). Im Zeitverlauf zeigt sich seit 2020 eine kontinuierliche Verschiebung um insgesamt 1 Skaleneinheit auf 4,7 und damit eine deutlich mittigere Position. Diese Verschiebung findet zeitgleich nahezu parallel in den Wählerschaften der SPD, Union und AfD statt (s. Abbildung 3).

Abbildung 3: Präferenzen der Parteianhängerschaften beim Thema Klimaschutz seit 2020



Quelle: Repräsentative Umfragen im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2020, 2021, 2022/2023, 2023 und 2024. Fallzahlen zwischen 3.510 und 8.042 Personen. Angaben in Durchschnittswerten.  
 Frage: „Manche meinen, dass die Bekämpfung des Klimawandels auf jeden Fall Vorrang haben sollte, auch wenn das dem Wirtschaftswachstum schadet. Andere meinen, dass das Wirtschaftswachstum auf jeden Fall Vorrang haben sollte, auch wenn das die Bekämpfung des Klimawandels erschwert. Wie stehen Sie dazu? Bitte sagen Sie mir das mit Hilfe einer Skala von 0 bis 10. 0 bedeutet, dass die Bekämpfung des Klimawandels Vorrang hat, auch wenn es dem Wirtschaftswachstum schadet. 10 heißt, dass Wirtschaftswachstum Vorrang hat, auch wenn es die Bekämpfung des Klimawandels erschwert.“

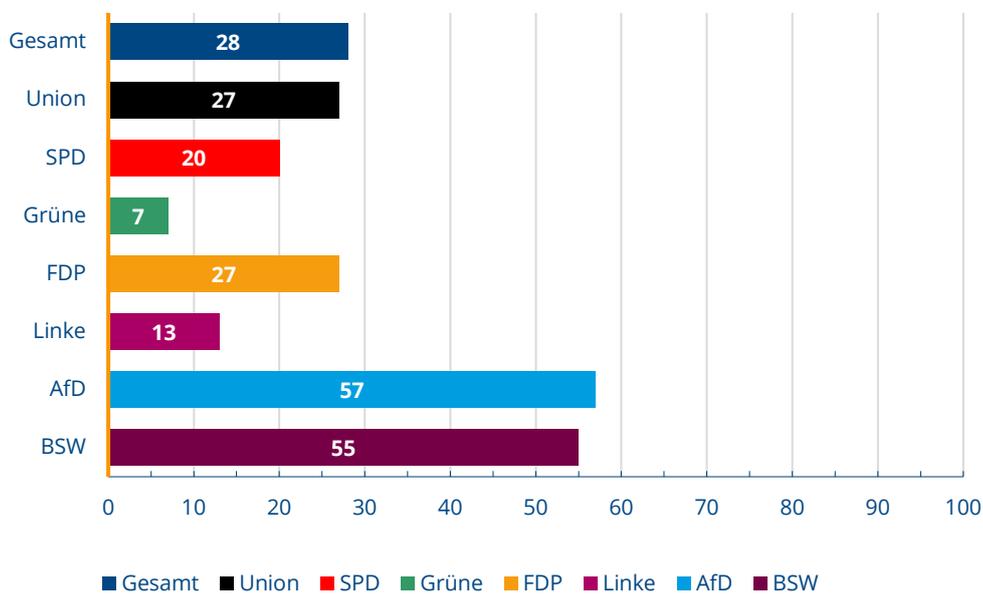
Neben der beachtlichen Verschiebung im Gesamtmeinungsklima erzählt die Zeitverlaufsgrafik gleich mehrere Geschichten. Die gewachsene Distanz in den politischen Einstellungen der AfD-Wählerschaft gegenüber den Grünen und ihrer Wählerschaft zeigt sich insbesondere in der Klimafrage. Trennten AfD- und Grünen-Wählerschaft 2020 nur 3,2 Skalenpunkte (AfD: 5,5; Grüne: 2,3), so sind es im Jahr 2024 ganze 4,6 Punkte (AfD: 6,8; Grüne: 2,2). Die politische und gruppenbezogene Polarisierung zwischen beiden Gruppen nimmt zu.

Bei den anderen Parteianhängerschaften erklärt vor allem die veränderte Zusammensetzung der Wählerschaften die Verschiebungen bei der Klimaschutzpräferenz. Die ausgedünnte FDP-Wählerschaft im Jahre 2024 hat sichtbar Wählerinnen und Wähler an die Union verloren, mit deren Wählerschaft sie 2023 noch starke Überschneidungen beim Thema Klima und Migration (s. Abbildung 2) hatte. Während diese Wählerinnen und Wähler sich nun in anderen Parteianhängerschaften politisch rechts der Mitte befinden, senkt dies die Durchschnittswerte der verbliebenen FDP-Wählerschaft (2024: 4,9).

Die ebenfalls stark verminderte Linken-Wählerschaft rutscht wie bei den vorherigen zwei Themenbereichen von 2023 (3) auf 2024 (2,5) deutlich nach links, was für eine linkspolitische Kernwählerschaft spricht. Verloren hat die Linke dagegen offenbar Wählerinnen und Wähler aus der politischen Mitte. Ein größerer Teil wanderte mutmaßlich an das BSW (vgl. Neu/Pokorny 2024).<sup>2</sup> Diese neu formierte Wählerschaft hat keine starken Präferenzen für den Klimaschutz, sondern tendiert eher zu einem Vorrang für Wirtschaftswachstum (Durchschnittswert 6).

Generell herrscht eine größere Einigkeit bei BSW- und AfD-Wählerschaft, wenn es um gesellschaftspolitische Fragestellungen geht (vgl. Roose 2024). So ist beispielsweise nur innerhalb der AfD- und BSW-Wählerschaften eine Mehrheit der Meinung, dass Klimaschutz für sie persönlich zu teuer sei (s. unten).

**Abbildung 4: Zustimmung zu der Aussage „Für mich ist Klimaschutz zu teuer.“**

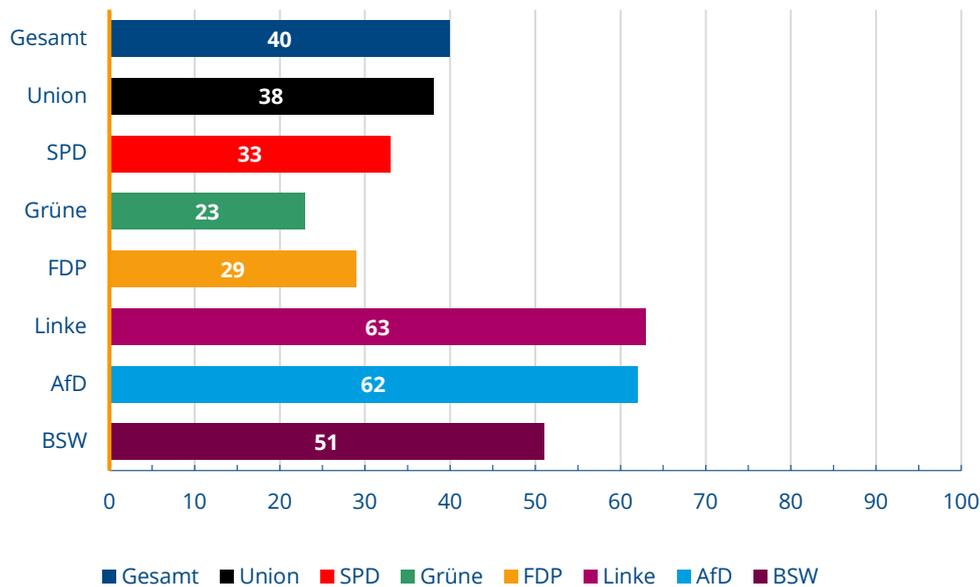


Quelle: Repräsentative Umfrage im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2024. Fallzahl 3.510 Personen. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: teils/teils, stimme eher nicht zu, stimme überhaupt nicht zu, weiß nicht/keine Angabe.

Frage: „Ich nenne Ihnen jetzt einige Aussagen. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie ihnen voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils-teils, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen: Für mich ist Klimaschutz zu teuer.“

Diese Selbsteinschätzung deckt sich mit den geringeren Präferenzen für den Klimaschutz (vgl. Abbildung 3) sowie geringeren Ängsten innerhalb der beiden Wählerschaften vor den Auswirkungen des Klimawandels (vgl. Hirndorf 2024). Allerdings fallen auch die Ängste vor einer Wirtschaftskrise höher aus (ebd.) und beide Anhängerschaften blicken extrem pessimistisch in die Zukunft.<sup>3</sup> Tatsächlich ist der Anteil derjenigen bei AfD-, Linken- und BSW-Wählerschaft, die angeben weniger gut mit ihrem Einkommen zurechtzukommen, erhöht (vgl. auch Roose 2024). Zudem stimmt innerhalb dieser drei Parteienanhängerschaften eine Mehrheit der Aussage „Ich muss mich im Alltag finanziell einschränken.“ zu (s. unten).

Abbildung 5: Zustimmung zur Aussage „Ich muss mich im Alltag finanziell einschränken.“



Quelle: Repräsentative Umfrage im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2024. Fallzahl 3.510 Personen. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: teils/teils, stimme eher nicht zu, stimme überhaupt nicht zu, weiß nicht/keine Angabe.

Frage: „Ich nenne Ihnen jetzt einige Aussagen. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie ihnen voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils-teils, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen: Ich muss mich im Alltag finanziell einschränken.“

Die gesunkene Priorisierung des Themas (Forschungsgruppe Wahlen 2024) und der damit verbundenen Ängste (Hirndorf 2024) sowie die nun spürbare Verschiebung der gesamtgesellschaftlichen Präferenz stellen die Politik beim Thema Klimaschutz vor Herausforderungen. Während große Teile der Bevölkerung dem Thema hohe Wichtigkeit beimessen und bereit sind, ihr Verhalten im Alltag anzupassen (vgl. Hirndorf 2023), wird Klimaschutz auch mit steigenden Kosten verbunden. Offenbar sind Teile der Bevölkerung – insbesondere im AfD- und BSW-Lager – nicht nur skeptischer, sondern auch finanziell weniger in der Lage, weitere Klimaschutzmaßnahmen mitzutragen.

### Veränderungen im politischen Raum und ihre Konsequenzen

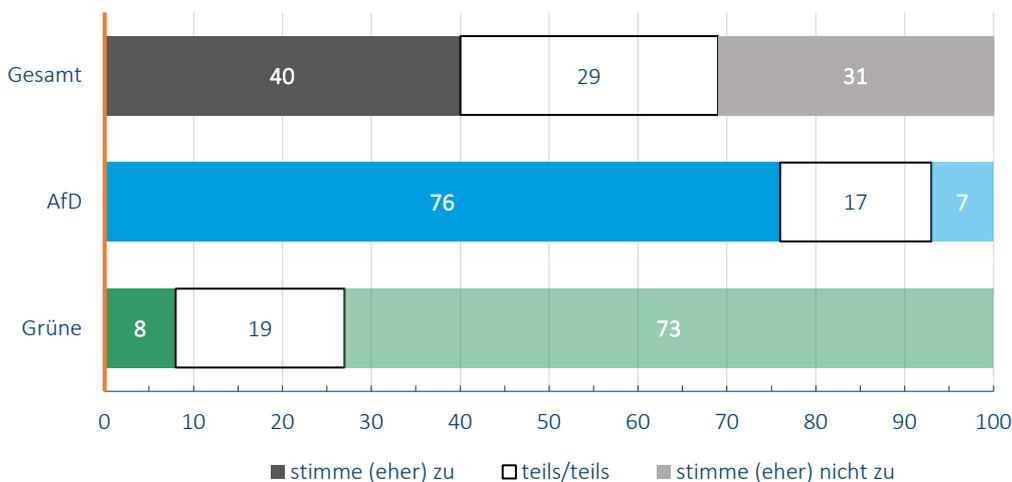
Die gezeigten Veränderungen im politischen Raum beschreiben eine kontinuierliche Verschiebung des Meinungsklimas von politisch links zu politisch rechts der Mitte. Davon konnten innerhalb des letzten Jahres insbesondere Union, AfD und BSW bei Umfragen und Wahlen profitieren. Anhand der Selbsteinordnungen der Wählerinnen und Wähler auf den Feldern Klimaschutz, Zuwanderung und Sozialstaat lassen sich allerdings vor allem drei zentrale Phänomene beobachten.

### Zunehmende Polarisierung zwischen Parteianhängerschaften

Die Polarisierung zwischen Parteianhängerschaften nimmt zu. Der Abstand zwischen der AfD-Wählerschaft auf der einen und der Grünen-Wählerschaft auf der anderen Seite ist bei politischen Einstellungen weiter gewachsen.

Insbesondere beim Thema Klimaschutz sorgt eine starke Verschiebung der AfD-Wählerschaft für einen starken Kontrast zur Grünen-Wählerschaft. So sind drei Viertel der AfD-Wählerschaft der Meinung, dass es „im Moment Wichtigeres als den Klimaschutz gibt“ – in keiner anderen Parteianhängerschaft findet diese Aussage mehrheitliche Zustimmung. Insgesamt antworten die Deutschen hier ausgewogen: 40 Prozent stimmen (eher) zu, 31 Prozent lehnen die Aussage (eher) ab und 29 Prozent antworteten mit „teils/teils“ (s. Abbildung 6). Und wie verteilen sich die Antworten in der Grünen-Wählerschaft? Sie bilden den Gegenpol zur AfD-Wählerschaft, rund drei Viertel der Grünen-Wählerinnen und -Wähler lehnen die Aussage ab.

**Abbildung 6: Zustimmung zur Aussage „Im Moment gibt es Wichtigeres als den Klimaschutz“**

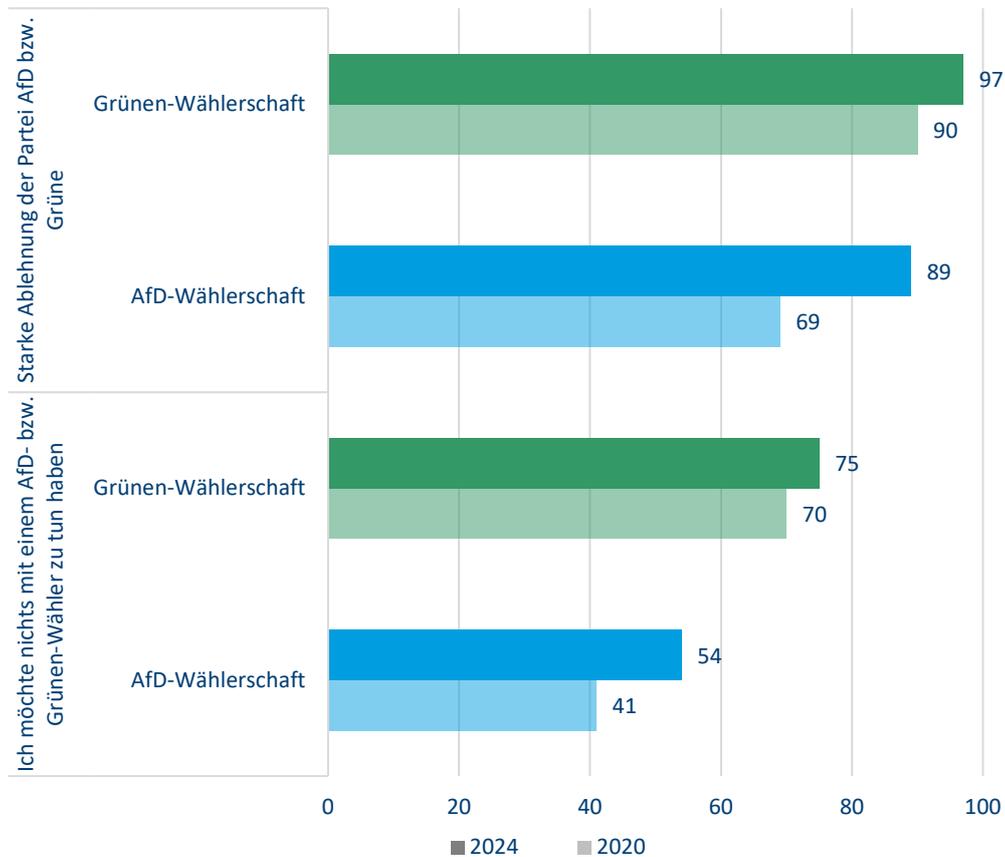


Quelle: Repräsentative Umfrage im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2024. Fallzahl 3.510 Personen. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe.

Frage: „Ich nenne Ihnen jetzt einige Aussagen. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie ihnen voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils-teils, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen: Im Moment gibt es Wichtigeres als den Klimaschutz.“

Es gibt also eine inhaltliche Polarisierung zwischen den beiden Parteianhängerschaften. Dabei zeigt sich das kontrastreiche Muster zwischen AfD- und Grünen-Wählerschaft bei fast allen politischen Einstellungen und Sachfragen. Diese Polarisierung ist – insbesondere im überschaubaren Ausmaß eines Mehrparteiensystems – für eine Demokratie erst einmal aushaltbar und weniger problematisch. Sie geht jedoch im Falle von Grünen- und AfD-Anhängerschaft mit einer gefährlicheren Form der Polarisierung einher: die gruppenbezogene oder auch affektive Polarisierung. Sie beschreibt, wie feindlich die Anhängerinnen und Anhänger von Parteien den jeweils anderen Parteien und Anhängerschaften gegenüberstehen (Roose/Steinhilper 2022, Roose 2021). Die Abneigung zwischen Grünen- und AfD-Lager spiegelt sich in Zahlen wider: Mehr als jede/r zweite AfD-Wählerin und -Wähler möchte privat nichts mit einem Grünen-Wähler zu tun haben und drei Viertel aller Grünen-Wählerinnen und -Wähler wiederum nichts mit einer/einem AfD-Wählerin und -Wähler. Diese gruppenbezogene oder auch affektive Polarisierung hat seit 2020 weiter zugenommen. Und auch die Abneigung gegenüber den Parteien ist gestiegen: Im Jahr 2020 lehnten 69 Prozent der AfD-Anhängerschaft die Partei der Grünen stark ab – im Jahr 2024 sind es 89 Prozent. Umgekehrt steigerte sich die AfD-Ablehnung der Grünen-Anhängerschaft von 90 Prozent (2020) auf 97 Prozent (2024). In einer Studie zu Emotionen zeigte sich zuletzt, dass die Grünen bei AfD- und BSW-Anhängerschaft häufig Gefühle wie Empörung, Wut, Angst und Verzweiflung auslösen (Pokorny 2024a: 12).

**Abbildung 7: Gruppenbezogene Polarisierung zwischen AfD- und Grünen-Wählerschaft**



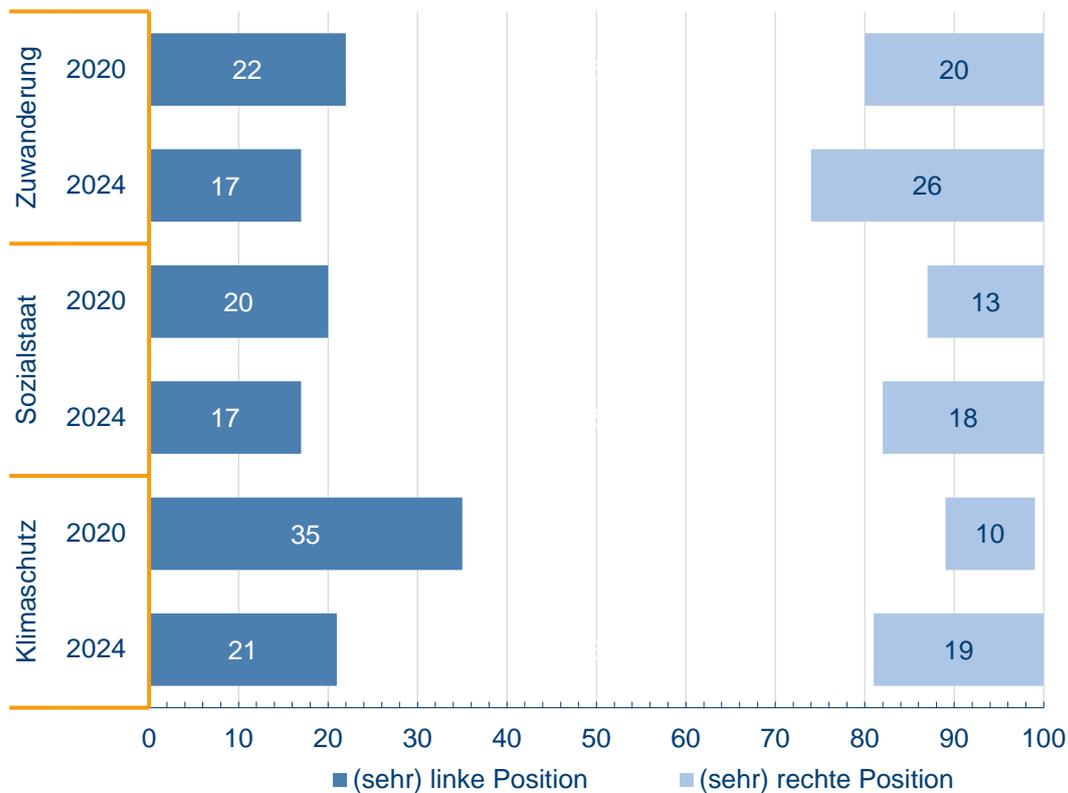
Quelle: Repräsentative Umfragen im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2020 und 2024. Fallzahlen zwischen 3.510 und 8.042 Personen. Angaben in Prozent.

Fragen: „Wie denken Sie über die Grünen/die AfD? Mag ich sehr, mag ich etwas, ist mir gleichgültig, lehne ich etwas ab oder lehne ich sehr ab?“ und „Es gibt ja Menschen, mit denen man am liebsten nichts zu tun haben möchte. Wie ist das bei Ihnen mit folgenden Personengruppen? Würden Sie mit Grünen-Wählern/AfD-Wählern persönlich etwas zu tun haben wollen oder nicht? Ja, würde mit ihnen etwas zu tun haben wollen/nein, würde mit ihnen nichts zu tun haben wollen.“

Die Tendenz der gruppenbezogenen Polarisierung ist besorgniserregend, denn die Folgen der Feindseligkeit reichen von Kontaktabbruch über Vorurteile und gegenseitiges Misstrauen bis hin zu Ausgrenzung und Gewalt. In der gegenseitigen „Dämonisierung politisch Andersdenkender“ (Schmelzle 2021) wird die aufeinander bezogene Ablehnung der Wählerschaften an den politischen Randpositionen zunehmend spürbar(er).

Allerdings gilt gleichzeitig, dass die gesellschaftliche Polarisierung – d.h. der Anteil der Bevölkerung, der Randpositionen vertritt – seit 2020 nicht größer geworden ist (s. Abbildung 8). Weiterhin vertritt eine Mehrheit der Bevölkerung in politischen Streitfragen Positionen im Bereich der Mitte.

Abbildung 8: Anteil der Randpositionen bei politischen Einstellungen im Zeitverlauf



Quelle: Repräsentative Umfragen im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2020 und 2024. Fallzahlen zwischen 3.510 und 8.042 Personen. Angaben in Prozent.

Fragen: Selbsteinordnung bei Fragen zu Zuwanderung, Sozialstaat und Klimaschutz auf einer Skala von 0 bis 10 (s. Abbildungen 1-3). Die Werte 0,1 und 2 entsprechen einer (sehr) linken Position, die Werte 8,9 und 10 einer (sehr) rechten Position.

Bei der Einschätzung von Polarisierungstendenzen lohnt es sich also, genauer hinzuschauen. Die Gesellschaft ist nicht mittig gespalten, aber Polarisierungstendenzen zwischen Parteianhängerschaften nehmen zu. AfD- und Grünen-Wählerschaft trennt ein zunehmend größerer Graben, der die Ablehnung der jeweils anderen Seite verstärkt. Rechte Randpositionen werden beim Thema Klimaschutz und Zuwanderung im Vergleich zu 2020 – auch im Kontext einer gewachsenen AfD-Wählerschaft – häufiger vertreten. In der Konsequenz werden die gewachsene Distanz und die starke Ablehnung zwischen diesen (kleinen) Teilen der Gesellschaft für alle erkennbarer.

### Die Wählerschaft der AfD wird nicht moderater

Der Zulauf für die AfD sorgt nicht für eine heterogenere AfD-Wählerschaft. Je mehr Menschen, desto mehr Meinungen? Dies gilt für gewöhnlich auch für Parteien und stellt sie nach Wahlerfolgen vor die Herausforderung, ein größeres Meinungsspektrum zu repräsentieren. Für die AfD-Wählerschaft gilt dies nicht – im Gegenteil. Trotz steigender Umfragewerte sind die Positionierungen der AfD-Wählerschaft im Durchschnitt noch weiter nach rechts gewandert bzw. verharren beim Themenbereich Zuwanderung in der bekannten Extremposition. Abseits der Betrachtung der vom Verfassungsschutz als rechtsextremistischen Verdachtsfall eingestufteten Partei, kann auch bei der AfD-Wählerschaft nicht von einer moderaten Wählerschaft gesprochen werden (vgl. Neu 2025, im Erscheinen).

Die weitere Verschiebung der AfD-Wählerschaft nach rechts hat eine weitere Konsequenz zur Folge: Der politische Raum „öffnet“ sich weiter. Dieser geöffnete politische Raum bietet neue Lücken, von denen das BSW scheinbar profitiert. Ihre Wählerschaft besetzt bei Klimaschutz und Zuwanderung eine Lücke zwischen AfD- und Unions-Wählerschaft sowie beim Thema Sozialstaat die gewachsene Kluft zwischen SPD- und Unions-Wählerschaft.

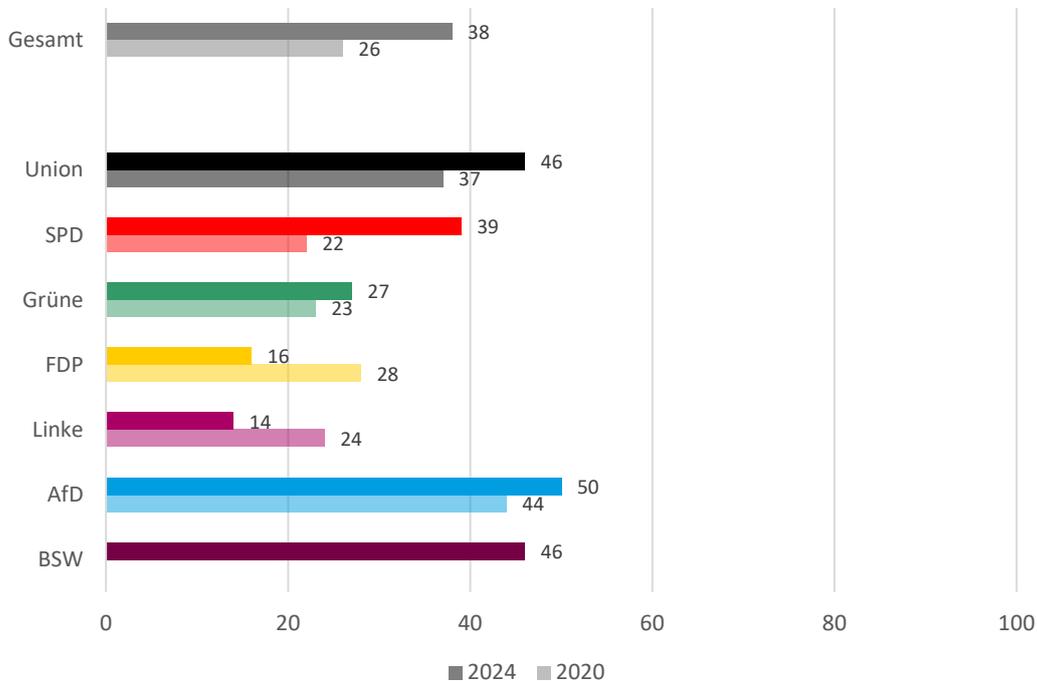
### **Parteihängerschaften sind homogener und weniger wechselbereit**

Die Parteihängerschaften sind homogener geworden, die Wechselbereitschaft ist gesunken. Ein kurzer Rückblick in das Jahr 2020: Vor der Bundestagswahl ist die politische Mitte umkämpft (vgl. Neu/Pokorny 2021). Bis zum Sommer 2021 wechseln die Mehrheitsverhältnisse zwischen Union, SPD, Grünen und FDP mehrfach. In den Grafiken zum politischen Raum wird dies vor allem daran deutlich, wie eng Unions- und SPD-Wählerschaft den Gesamtdurchschnitt der Deutschen „flankieren“. Die Parteihängerschaften liegen in ihren Einstellungen vergleichsweise dicht beieinander. Der Sprung zur benachbarten Parteihängerschaft erfordert keine 180°-Wende der eigenen Einstellungen. Und eine weitere Zahl belegt die hohe Volatilität: Nur jede/r Vierte ist auf seine präferierte Partei festgelegt und kann sich keine andere Alternative vorstellen. Die Wechselbereitschaft ist hoch (vgl. ebd.).

Im Jahr 2024 ist das Bild ein gänzlich anderes. Die Parteihängerschaften haben sich stärker auseinanderbewegt. Dies spricht für eine Homogenisierung der Anhängerschaften. Sprich, die Parteien vereinen in ihren Anhängerschaften aktuell Wählerinnen und Wähler mit sehr ähnlichen Positionen. So haben sich beispielsweise Wählerinnen und Wähler mit politischen Mitte-Rechts-Positionen (wieder) verstärkt der Union angeschlossen und dabei den Durchschnitt der FDP (Zuwanderung, Klimaschutz) oder der SPD (Sozialstaat, Zuwanderung) nach links verschoben. Gleiches gilt für BSW- und Linken-Wählerschaft. Die AfD zieht noch stärker als 2020 Menschen mit starken Minderheitspositionen an. Wenig spricht dafür, dass die politischen Einstellungen dieser Wählerschaft kurzfristig veränderbar sind (Neu 2025, im Erscheinen). Die Grünen-Wählerschaft wird durch Abwanderungen auch beim Thema Sozialstaat linkspolitischer. Im Zuge dieser Homogenisierung sind die Distanzen zwischen den Wählerschaften gewachsen. Der „Fächer“ beim Thema Sozialstaat in Abbildung 1 zeigt diese Entwicklung besonders eindrücklich. Der Sprung für die Wählerinnen und Wähler zur benachbarten Parteihängerschaft ist somit vergleichsweise größer geworden. Und wie hoch ist die Wechselbereitschaft? Die ist in der Konsequenz deutlich gesunken. Aktuell geben mehr Befragte an, dass sie keine Alternative zu ihrer Partei sehen als vor wenigen Jahren. Statt 26 Prozent (2020) können sich nun 38 Prozent nur die aktuell präferierte Partei als Wahloption vorstellen. Besonders gering fällt die Wechselwahrscheinlichkeit bei AfD, BSW und Union aus. Hier kann sich rund jede/r Zweite nicht vorstellen, bei der nächsten Wahl gegebenenfalls eine andere Partei zu wählen. Scheinbar sehen gerade die Oppositionsparteien weder in den Ampel-Parteien noch im jeweils anderen Oppositionslager eine Alternative. Insgesamt ist der Anteil der „Alternativlosen“ in fast allen Parteien im Vergleich zu 2020 angestiegen (s. Abbildung 9).

### Abbildung 9: Anteil der Wahlberechtigten ohne alternative Wahloption

Frage: Könnten Sie sich vorstellen, gegebenenfalls auch eine andere Partei zu wählen?  
Abgebildet ist der Anteil für die Antwortoption „nein/keine andere Partei“



Quelle: Repräsentative Umfragen im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2020 und 2024. Fallzahlen zwischen 3.510 und 8.042 Personen. Angaben in Prozent.

Frage: „Könnten Sie sich vorstellen, gegebenenfalls auch eine andere Partei zu wählen? Wenn ja, welche?“ Für das BSW liegen keine Vergleichsdaten aus 2020 vor.

### Zusammenfassung

Bei den Themen Zuwanderung, Klimaschutz und Sozialstaat ist in den letzten Jahren eine kontinuierliche Verschiebung des Meinungsklimas von politisch links zu politisch rechts der Mitte zu beobachten. Davon konnten innerhalb des letzten Jahres insbesondere Union, AfD und BSW bei Umfragen und Wahlen profitieren. Am stärksten fällt die Einstellungsverschiebung der Deutschen in den letzten Jahren beim Thema Klimaschutz aus. Im Kontext aktueller innen- und außenpolitischer Krisen hat sich die gesamtgesellschaftliche Tendenz zur Priorisierung des Klimaschutzes gegenüber dem Wirtschaftswachstum stark abgeschwächt.

Insgesamt sind die Parteianhängerschaften in ihren politischen Einstellungen homogener geworden. Gleichzeitig sind dabei die Distanzen zwischen den Wählerschaften gewachsen. Dies erklärt die gesunkene Wechselbereitschaft der Wählerschaften, insbesondere bei AfD-, BSW- und Unions-Wählerschaft. Für die Wählerinnen und Wähler der AfD sind die inhaltlichen Positionen und die Problemlösungskompetenz für ihre Wahlentscheidung zuletzt wichtiger geworden. Dagegen hat die Problemlösungskompetenz für die Wählerschaften der Grünen und der SPD aktuell an Bedeutung verloren (vgl. Pokorny 2024b).

Die Polarisierung zwischen Parteianhängerschaften nimmt zu. Der Graben zwischen Grünen- und AfD-Wählerschaft bei politischen Einstellungen vergrößert sich zunehmend. Die gruppenbezogene Ablehnung der jeweils anderen Seite ist ebenfalls gestiegen und macht Polarisierungstendenzen in der Gesellschaft spürbar. Dennoch: Die gesamtgesellschaftliche Polarisierung – also ein Zulauf zu den Polen aus der politischen Mitte – hat sich seit 2020 nicht verstärkt. Weiterhin vertritt eine Mehrheit der Bevölkerung in politischen Streitfragen mittige Positionen.

Ein gestiegener Wähleranteil für die AfD sorgt nicht für eine heterogenere und somit moderatere AfD-Wählerschaft. Trotz steigender Umfragewerte sind die Positionierungen der AfD-Wählerschaft im Durchschnitt noch weiter nach rechts gewandert bzw. verharren beim Themenbereich Zuwanderung in der bekannten Extremposition. Dies erschwert auch den Wechsel der AfD-Wählerinnen und -Wähler zu moderaten Parteien.

## Literatur

Forschungsgruppe Wahlen, 2024: Politbarometer, Wichtigste politische Themen im Überblick. Online unter: [https://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Langzeitentwicklung\\_-\\_Themen\\_im\\_Ueberblick/Politik\\_II/](https://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Langzeitentwicklung_-_Themen_im_Ueberblick/Politik_II/) (zuletzt abgerufen am 25.10.2024).

Häder, Sabine/Sand, Matthias, 2019: Telefonstichproben. In: Häder, Sabine/Häder, Michael/Schmich, Patrick (Hrsg.), Telefonumfragen in Deutschland. Wiesbaden: Springer VS, S. 45-80.

Hirndorf, Dominik, 2024: Wovor sich die Deutschen fürchten ... Ergebnisse aus repräsentativen Umfragen zu Bedrohungsgefühlen in der deutschen Bevölkerung. Monitor Wahl- und Sozialforschung. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Online unter: <https://www.kas.de/de/monitor-wahl-und-sozialforschung/detail/-/content/sorgen-und-aengste-der-waehlerschaft-ergebnisse-aus-repraesentativen-umfragen> (zuletzt abgerufen am 25.10.2024).

Hirndorf, Dominik, 2023: Verzichten fürs Klima? Repräsentative Umfrage zu Einstellungen im Bereich Klimaschutz und klimafreundlichem Verhalten in der deutschen Bevölkerung. Monitor Wahl- und Sozialforschung. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Online unter: <https://www.kas.de/de/monitor-wahl-und-sozialforschung/detail/-/content/verzichten-fuers-klima> (zuletzt abgerufen am 25.10.2024).

Infratest dimap, 2024: Sonntagsfrage Bundestagswahl. Online unter: <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/sonntagsfrage/> (zuletzt abgerufen am 25.10.2024).

Neu, Viola, 2025: Analyse der AfD-Wählerschaft (vorläufiger Titel). Monitor Wahl- und Sozialforschung. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. (im Erscheinen).

Neu, Viola/Pokorny, Sabine, 2024: Analysen der Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg. Monitore der Wahl- und Sozialforschung. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Online unter: <https://www.kas.de/de/web/wahlanalysen-und-gesellschaftsstudien/landtagswahlen> (zuletzt abgerufen am 25.10.2024).

Neu, Viola/Pokorny, Sabine, 2021: Vermessung der Wählerschaft vor der Bundestagswahl 2021. Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage zu politischen Einstellungen. Monitor Wahl- und Sozialforschung. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Online unter: <https://www.kas.de/de/monitor/detail/-/content/vermessung-der-waehlerschaft-vor-der-bundestagswahl-2021> (zuletzt abgerufen am 25.10.2024).

Neu, Viola/Roose, Jochen, 2024: Analyse der Europawahl in Deutschland am 9. Juni 2024. Monitor Wahl- und Sozialforschung. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Online unter: <https://www.kas.de/de/monitor-wahl-und-sozialforschung/detail/-/content/analyse-der-europawahl-in-deutschland-am-9-juni-2024> (zuletzt abgerufen am 25.10.2024).

Pokorny, Sabine, 2024a: Gute Gefühle, schlechte Gefühle. Repräsentative Umfrage zu Parteiimages und von Parteien ausgelösten Gefühlen. Monitor Wahl- und Sozialforschung. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. (Im Erscheinen).

Pokorny, Sabine, 2024b: Gestiegenes Interesse an Europa. Ergebnisse aus repräsentativen Umfragen zu europapolitischen Einstellungen nach der Europawahl. Monitor Wahl- und Sozialforschung. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Online unter: <https://www.kas.de/de/monitor-wahl-und-sozialforschung/detail/-/content/gestiegenes-interesse-an-europa> (zuletzt abgerufen am 12.11.2024).

Roose, Jochen, 2024: Öfter mal was Neues. Die Wählerschaft der neuen Partei Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW). Monitor Wahl- und Sozialforschung. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Online unter: <https://www.kas.de/de/monitor-wahl-und-sozialforschung/detail/-/content/oefter-mal-was-neues-die-waehlerschaft-der-neuen-partei-buendnis-sahra-wagenknecht-bsw> (zuletzt abgerufen am 25.10.2024).

Roose, Jochen, 2021: Politische Polarisierung in Deutschland. Repräsentative Studie zu Zusammenhalt in der Gesellschaft. Forum Empirische Sozialforschung. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., online unter: <https://www.kas.de/de/einzeltitel/-/content/politische-polarisierung-in-deutschland> (zuletzt abgerufen am 25.10.2024).

Roose, Jochen/Steinhilper, Elias, 2022: Politische Polarisierung: Zur Systematisierung eines vielschichtigen Konzepts. Forschungsjournal Soziale Bewegungen, vol. 35, no. 2, 2022, pp. 283-297. <https://doi.org/10.1515/fjsb-2022-0020> (zuletzt abgerufen am 25.10.2024).

Schmelzle, Cord, 2021: Ist Polarisierung schlecht für die Demokratie? In: Blätter der Wohlfahrtspflege 168(2), 51–54. Online unter: <https://doi.org/10.5771/0340-8574-2021-2-51> (zuletzt abgerufen am 12.11.2024).

---

<sup>1</sup> Im Jahr 2020 erreicht die AfD in den Umfragen durchschnittlich 10 Prozent – in den Jahren 2023 und 2024 sind es durchschnittlich fast doppelt so viele Wählerinnen und Wähler (~20 Prozent, vgl. Infratest dimap 2024).

<sup>2</sup> Größere Verluste verzeichnete die Linke zudem zuletzt an CDU und AfD sowie bei der Brandenburg-Wahl an die SPD (Neu/Pokorny 2024).

<sup>3</sup> So haben jeweils 72 Prozent der AfD- und Linken-Wählerschaft „Angst vor dem, was kommen wird“ und 93 Prozent (AfD-) und 80 Prozent (BSW-Wählerschaft) wählen die Aussage „Wenn das so weitergeht, sehe ich schwarz für Deutschland“ statt der Aussage „Ich vertraue darauf, dass Deutschland künftige Herausforderungen bewältigt.“ (Quelle: KAS-Umfrage 1052, s. Seite 1).

## Impressum

### Der Autor

**Dominik Hirndorf (M.A., M.Sc.)** studierte Staats-, Politik- und Verwaltungswissenschaften an den Universitäten Passau, Konstanz und Göteborg. Anschließend war er am Varieties of Democracy (V-Dem) Institute an der Universität Göteborg tätig. Seit Juni 2020 ist er Referent für Wahl- und Sozialforschung in der Hauptabteilung Analyse und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Berlin.

### Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

#### Dominik Hirndorf

Abteilung Wahl- und Sozialforschung  
Hauptabteilung Analyse und Beratung

T +49 30 / 26 996-3858  
dominik.hirndorf@kas.de

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2024  
Gestaltung: yellow too Pasiek & Horntrich GbR  
Lektorat: Manuela Klein, M.A., Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Berlin

Hergestellt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbenden oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).